

Zeitsplitter:

Karsten Rudolph

Willy Brandt wird Bundeskanzler

Vor 40 Jahren, am 21. Oktober 1969, wurde Willy Brandt zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Eine Woche später gab er eine Regierungserklärung ab, in der die sozial-liberale Koalition ihr Programm für ihre vierjährige Amtszeit vorstellte. Zu diesem Zeitpunkt konnte sie nicht ahnen, dass sie das Ende der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nicht erreichen würde. Erst die vorgezogene Bundestagswahl im November 1972 bestätigte die Politik der Regierung Brandt und verschaffte ihr eine breite demokratische Legitimation.

Auch wenn die erste Regierungserklärung Willy Brandts unter dem Motto »Wir wollen mehr Demokratie wagen« eine eher innenpolitische Überschrift trug, so stand doch die Neue Ostpolitik im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Im erbitterten Streit um die Ostverträge suchte die Opposition vergebens ein konstruktives Misstrauensvotum durchzusetzen und das Ergebnis der Neuwahlen bestand vor allem in einem Plebiszit für die wagemutige Außenpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel. Das Reformprogramm der Koalition, in dessen Zentrum der Ausbau des Sozialstaates stand, trat hinter den deutschland- und ostpolitischen Weichenstellungen dagegen zunächst zurück.

Politische Zäsur

Die Wahl Brandts zum Bundeskanzler bildete in mehrfacher Hinsicht eine politische Zäsur: Zum ersten Mal bekleidete ein Sozialdemokrat das politisch bedeutendste Amt in der Bundesrepublik – 20 Jahre hatte die Sozialdemokratie auf dieses eine



Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de

Ziel hingearbeitet. Es konnte nur deshalb erreicht werden, weil sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik SPD und FDP trotz äußerst knapper Mehrheitsverhältnisse in einer Koalition zusammenfanden. Für die Architekten dieser kleinen Koalition bedeutete dies mehr als ein taktisches Zusammenspiel: Der Bruch der Großen Koalition unter Hermann Müller 1930 hatte die Abwanderung der liberalen Vorgängerpartei, der DVP, in einen Bürgerblock zur Ursache, der bis zum Ende der Weimarer Republik die negative Strategie verfolgte, die SPD ein für alle Mal aus der Regierungsverantwortung zu verdrängen. Es brauchte fast 40 Jahre bis sozialdemokratische Arbeiterbewegung und das aufgeklärte, liberale Bürgertum wieder in einer historischen Allianz zusammenfanden, die ursprünglich die erste deutsche Demokratie getragen hatte und so dann die zweite deutsche Demokratie in 13 Jahren auf neue, tragfähige Fundamente stellte.

Die Bildung und Begründung der sozial-liberalen Koalition im Jahr 1969 ist jedoch weniger erstaunlich als die Tatsache, dass es seit 1982 auf Bundesebene nie wieder zu einer derartigen Konstellation gekommen ist. Die Rückkehr der FDP an die Seite der Union mochte zunächst wie ein vorübergehender Seitenwechsel erscheinen, um unter allen Umständen weiter an

der Regierungsmacht teilhaben zu können. Es ist inzwischen aber klar geworden, dass die FDP unter Guido Westerwelle das Werk der DVP von 1930 fortsetzt. Ihr geht es wie dieser um den Aufbau einer bürgerlichen Regierung, die in der Weimarer Republik als Aufstellung eines »Bürgerblocks« gegen die vermeintlich linke Gefahr propagiert worden war – mithin um die dauerhafte Verdrängung der SPD aus der politischen Verantwortung.

Der politischen Öffentlichkeit in Deutschland sind die historischen Bezüge und die Konsequenzen für die politische Kultur, die eine Neuauflage der Bürgerblockpolitik hat, bislang kaum ins Bewusstsein gedrungen. Die FDP mag das Stigma der »Umfallerpartei« fürchten, doch stecken hinter ihrer strategischen Entscheidung zugunsten der Union vor allem weltanschauliche Gründe, die alle Parteien diesseits von CDU, CSU und

FDP aus der bürgerlichen Gesellschaft radikal ausgliedern sucht. Sie sucht ihr Heil in einer Mittelstandspolitik und Mittelschichtenrhetorik, die permanent suggeriert, als sei es die vermeintliche bürgerliche Mitte, die von den Volksparteien ausgeplündert und hintergangen würden. Auch diese Form der Agitation vergiftete bereits in der ersten deutschen Demokratie das politische Klima und trieb die verängstigten bürgerlichen Wähler so weit nach rechts bis sie sich in den Armen der NSDAP sicher glaubten.

Der politischen Kultur schadet die FDP mehr als ihr vermutlich bewusst ist. Sie verweigert den politischen Kompromiss zwischen demokratischen Parteien und taucht die Kultur der Bundesrepublik in eine Atmosphäre des Kalten Krieges, der mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler vor 40 Jahren endgültig überwunden schien.